

SÜD-KOREA ALS SCHWELLENLAND:
WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE PROBLEME
DES ENTWICKLUNGSWEGES⁺

Rolf D. Baldus

1. EINFÜHRUNG: DAS "SCHWELLENLAND" ALS ENTWICKLUNGSPOLITISCHE KATEGORIE

Die internationale entwicklungspolitische Diskussion konzentrierte sich in den letzten Jahren stark auf die Probleme der am wenigsten entwickelten Länder (Less and Least Developed Countries). Neuerdings sind dagegen auch die relativ fortgeschrittenen Entwicklungsländer in das Interesse der entwicklungspolitischen Diskussion gerückt; so will z. B. die Bundesregierung diesen Staaten eine besondere Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit anbieten¹. Es handelt sich dabei um die sogenannten "Schwellenländer", d. h. um solche Länder, die an der Schwelle zur industrialisierten Nation stehen. Sie weisen einen verhältnismäßig fortgeschrittenen wirtschaftlichen Entwicklungsstand auf und sind auf dem Wege, bestimmte Merkmale typischer Entwicklungsländer zu überwinden. Von den weniger entwickelten Ländern kann man sie mit Hilfe einer Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Indikatoren abgrenzen (Bruttosozialprodukt, Energieverbrauch, Ausbildungsniveau usw.). Auf diese Weise lassen sich - bei Ausklammerung der sozialistischen Länder und der Ölstaaten - etwa 30 Schwellenländer identifizieren, zu denen beispielsweise Brasilien, Ecuador, Iran oder Portugal und Peru gehören².

Das Interesse an den sogenannten Schwellenländern scheint sich durch die folgenden Überlegungen zu rechtfertigen:

- das rasche wirtschaftliche Wachstum hat in den meisten Schwellenländern

+) Der Artikel basiert auf einer Untersuchung, die der Verfasser im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit von März bis Mai 1980 in der Republik Korea durchführte. Die Verantwortung für den Artikel liegt ausschließlich beim Verfasser.

- nicht zu einer sozialen Entwicklung geführt; soziale Disparitäten und Defizite sind geradezu ein Charakteristikum der Schwellenländer;
- aufgrund der entstandenen dichotomischen Sozialstrukturen bahnen sich sozialpolitische Konflikte an, die auch ein globales Krisenmanagement nicht mehr steuern kann;
 - die Schwellenländer werden zunehmend als Handelspartner für die außenwirtschaftlich stark verflochtenen Industrieländer (so auch die Bundesrepublik Deutschland) bedeutsam. Man sollte daher meinen, daß die Industrieländer schon aus Eigeninteresse an der Vermeidung sozialer Krisen mit all ihren ökonomischen Konsequenzen in den sogenannten Schwellenländern interessiert sein dürften.

Im folgenden soll die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines der relativ fortgeschrittenen Schwellenländer, Süd-Korea, beispielhaft untersucht werden. Nachdem Brasilien, das früher als Modellfall erfolgreicher marktwirtschaftlicher Industrialisierung gelobt wurde, in eine tiefgehende Krise geraten ist, wird nunmehr häufig Süd-Korea als Beispiel für andere Entwicklungsländer herausgestellt. Es ist daher zu prüfen, ob die wirtschaftliche Entwicklung so erfolgreich war, wie oft behauptet wird, welche soziale Konsequenzen sie mit sich brachte, ob diese die weitere wirtschaftliche Entwicklung hemmen und ob gegebenenfalls eine wesentliche entwicklungs- und wirtschaftspolitische Umorientierung erforderlich ist.

2. SÜD-KOREA ALS "SCHWELLENLAND"

Süd-Korea hatte in den letzten Jahren ein rapides wirtschaftliches Wachstum aufzuweisen. Von einem Agrarland entwickelte es sich zu einem der fortgeschrittensten Entwicklungsländer Asiens. Die folgenden Merkmale charakterisieren Süd-Korea als "Schwellenland":

1. Bruttosozialprodukt (BSP) pro Kopf und Jahr etwa, umgerechnet, 1600 US- $\text{\$}$;
2. Anteil des produzierenden Gewerbes am BSP knapp ein Drittel;
3. Energieverbrauch je Einwohner etwa 1800 kg Steinkohleäquivalent;
4. Lebenserwartung rund 65 Jahre;
5. Alphabetisierung etwa 90 %;
6. Sekundarschulbesuch etwa 50 % aller Schüler eines Jahrgangs;
7. 1000 Studenten je 100 000 Einwohner.

Eine Veröffentlichung der Weltbank wiederholt nur eine weitverbreitete Einschätzung, wenn sie angesichts dieser Tatsachen feststellt: "Der wirtschaftliche Fortschritt der Republik Korea ... war phänomenal"³.

3. DIE SITUATION DER VOLKSWIRTSCHAFT

3.1. Daten zur Gesamtentwicklung

Wegen seiner rapiden ökonomischen Entwicklung hat Süd-Korea sich den Ruf eines erfolgreichen Entwicklungs- und Wirtschaftsmodells erworben. Als Indikator des Erfolges wurden in erster Linie die erzielten Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts herangezogen. Sie betragen im Durchschnitt 9-10 % jährlich⁴, und das Pro-Kopf-Einkommen stieg von 200 US- $\text{\$}$ im Jahre 1953 auf 1279 US- $\text{\$}$ im Jahre 1978 und ca. 1624 US- $\text{\$}$ im Jahre 1979⁵, wobei jedoch Weltbankquellen von niedrigeren Werten ausgehen.

Die hierzu parallel verlaufende soziale Entwicklung wurde ebenfalls häufig als erfolgreich bezeichnet. Dabei bezog man sich insbesondere auf die relativ gleichmäßige Verteilung des Einkommens⁶. Die Weltbank sprach in diesem Zusammenhang von "Wachstum mit Verteilung".

Das volkswirtschaftliche Wachstum basierte im wesentlichen auf einer rapiden Industrialisierung, wobei das Schwergewicht auf der Entwicklung der Exportproduktion lag. Von 1961 bis 1976 stieg der Anteil der Industrie, einschließlich Bergbau am Sozialprodukt entsprechend von 12 % auf 36 % und der Anteil der Landwirtschaft fiel von 44 % auf 20 %⁷. Die Exporte stiegen in dieser Periode um das achtzigfache auf inzwischen über 15 Mrd. US- $\text{\$}$ jährlich⁸. Der Anteil der Exporte am Sozialprodukt stieg zwischen 1960 und 1977 von 3 % auf 48 %⁹.

Schon heute ist Korea - selbst nach Einschätzung der Weltbank - ein extremes Beispiel für exportabhängiges Wachstum. Grundsätzlich war wohl die exportorientierte Wachstumsstrategie (wegen des Mangels an Rohstoffen und aus historischen und politischen Gründen) gerechtfertigt; mit ihrer Vernachlässigung der Binnenmarktentwicklung legte sie aber auch gleichzeitig den Grundstein für die heutige wirtschaftliche Strukturkrise.

Süd-Korea befindet sich nämlich - und das wird selbst von den führenden Ökonomen der Regierung so gesehen - in einer tiefen Krise. Diese ist sowohl konjunktureller als auch struktureller Natur. Es gibt keine Anzeichen, die auf eine kurzfristige Verbesserung hinweisen, es sei denn grundlegende weltwirtschaftliche oder politische Daten würden sich ändern. Der Abschwung läßt sich anhand der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Kennziffern belegen: das wirtschaftliche Wachstum ist von 10,3 % im Jahre 1977 und 11,6 % im Jahre 1978 auf 7,1 % im Jahre 1979 abgesunken. 1980 dürfte ein Wachstum von 3-4 % zu verzeichnen sein¹⁰, wobei für das erste Quartal 1980 sogar ein Minuswachstum von 1,7 % verzeichnet wurde¹¹. Krasse Investitionsrückgänge deuten auch auf ein Fortbestehen abgeschwächten Wachstums hin. Wachsen die Exporte 1977 noch um ca. 30 % und 1978 um 20 %, so sanken sie 1979 erstmals seit Beginn des ersten Planes geringfügig. Das Handelsdefizit, das

u. a. wegen des hohen Anteils an importierten Halbfertigprodukten schon seit jeher ein Charakteristikum der koreanischen Industrialisierung war, ist aufgrund der stagnierenden Exporte bei weiterhin bestehendem Importdruck stark angestiegen. Es hat 1980 nach Regierungsangaben etwa 5-6 Mrd. US-\$ (1977: 500 Mill.; 1978: 1,8 Mrd.) erreicht¹². Die Rezession führt auch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Im Jahre 1979 betrug sie nach offiziellen Angaben 4 % und 1980 etwa 5 %¹³. Als beschäftigt werden allerdings alle Personen angesehen, die in der Woche mehr als eine Stunde gegen Entgelt arbeiten. Die reale Arbeitslosenquote dürfte daher etwa zwischen 12 und 16 % liegen, wobei die hohe verdeckte Arbeitslosigkeit noch nicht berücksichtigt ist. Nach Auskunft aus Bankkreisen ist bei den Betrieben eine Tendenz zum Stellenabbau zu erkennen, während gleichzeitig die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter mit jährlich 3 % stärker als die Gesamtbevölkerung zunimmt.

Die hier nur global charakterisierte süd-koreanische "Stagflation" ist zum Teil auf die internationale Rezession und die Ölpreissteigerungen zurückzuführen, zum Teil ist sie aber auch Ergebnis des spezifisch koreanischen Wachstumsmodells, das nach Jahren der Expansion an seine Grenzen zu stoßen scheint. Allerdings können selbst die außenwirtschaftlichen Ursachen insofern nicht von der koreanischen Binnenstruktur losgelöst betrachtet werden, als sie sich gerade wegen der starken Außenabhängigkeit des Landes so empfindlich bemerkbar machen. Über 50 % der Exporte des Landes entfallen auf die Vereinigten Staaten und Japan. Nachfrageänderungen auf diesen beiden Märkten, politische Veränderungen und zunehmende Einfuhrbeschränkungen (insbesondere in den USA) gefährden daher die Exportproduktion Süd-Koreas. In den traditionellen und immer noch wichtigen Leichtindustrien treten auch zunehmend neue Konkurrenten auf den Weltmarkt, deren Lohnniveau ähnlich niedrig oder niedriger ist. Noch nicht vorhersehbare Folgen für Süd-Korea könnten auch von der stärkeren Handelsexpansion der Volksrepublik China ausgehen. Kostenvorteile solcher Staaten gefährden insofern den Absatz koreanischer Produkte, als sie besonders wegen ihrer niedrigen Preise, nicht aber wegen ihrer Qualität oder wegen der Verlässlichkeit in der Geschäftsabwicklung Absatz fanden.

Erschwerend wirkt sich in diesem Zusammenhang die hohe Inflationsrate Koreas aus, die trotz mehrfacher Abwertung des Außenwertes der Währung die koreanischen Produkte auf dem Weltmarkt verteuert. Für 1980 ging man von einer Inflationsrate von 22-28 % aus. Offiziellen Angaben zufolge betrug die Steigerung der Konsumentenpreise jedoch bereits 12 % im ersten Quartal 1980¹⁴. Der Lebenshaltungsindex der städtischen Durchschnittsfamilie dürfte 1980 um 60-100 % angestiegen sein. Binnenwirtschaftliche Gründe für diese Inflation sind in der zu geringen Produktion für den einheimischen Markt und einer zu hohen Geldmenge zu sehen. Zwar betreibt die Regierung eine Politik der Geldmengenverknappung; es existiert jedoch ein nicht kontrollierbarer

informeller Geldmarkt, der aus "schwarzen Geldern" von Unternehmen und hohen Politikern, die sich in den letzten Jahren immens bereichert haben, gespeist wird. Die Industriebetriebe und großen Handelshäuser, deren Eigenkapitalquote für deutsche Verhältnisse äußerst gering ist, können sich hier ohne Schwierigkeiten die erforderlichen Kredite besorgen. Darüber hinaus spielen "administrierte Preise" eine Rolle. Der Staat ermöglicht es Unternehmen, Verluste, die aufgrund von Dumpingpreisen auf den Exportmärkten entstanden sind, durch entsprechende Kalkulation auf dem Binnenmarkt auszugleichen.

Eine Politik der Exportsteigerung um jeden Preis hat in wichtigen Bereichen der koreanischen Volkswirtschaft den Marktmechanismus außer Kraft gesetzt. Um die Exportsteigerungen und gleichzeitig die politisch erwünschten sektoralen und lohnpolitischen Entwicklungen sicherzustellen, haben die zentralen Planungsbehörden der Regierung in vielen Bereichen wichtige wirtschaftliche Steuerungsfunktionen mit der Möglichkeit normativer Vorgaben an die Betriebe übernommen. Dadurch kam es zu Fehlallokationen produktiver Ressourcen, die sich nunmehr zunehmend, beispielsweise in Form von Überkapazitäten, bemerkbar machen¹⁵. Die zentrale Exportsteuerung führt dazu, daß Korea auch solche Produkte für den Export produziert, bei denen es über keine komparativen Kostenvorteile verfügt.

3.2. Die Strukturkrise der Landwirtschaft

Die Landwirtschaft war der Sektor der Volkswirtschaft, der im Verlaufe der exportorientierten Wachstumsstrategie besonders stark vernachlässigt wurde. Er diente in besonderer Weise zur Finanzierung der Industrialisierung, zur Freisetzung von Arbeitskräften sowie als konjunktureller Aufnahmepuffer für solche Produkte, die vorübergehend auf den Exportmärkten nicht abgesetzt werden konnten (z. B. Dünger oder Zement). Die relative Vernachlässigung der Landwirtschaft, die mit dem Konzept der komparativen Kosten bzw. Vorteile begründet wurde, ist von den koreanischen Planern bisher nicht aufgegeben worden¹⁶. Dieses Konzept geht z. B. davon aus, daß es für Korea sinnvoller sei, industrielle Produkte, bei denen es komparative Kostenvorteile habe, in die USA zu exportieren und statt dessen amerikanische Nahrungsmittel zu importieren. Für 1980 entschied sich die Regierung, ca. 570 000 t Reis oder 10 % der eigenen Ernte einzuführen¹⁷. Die Eigenversorgung mit Getreide lag 1979 bei 75 %. Korea steht an 5. Stelle der Importländer amerikanischer Nahrungsmittel. Dabei hatte gerade der Agrarsektor im Krisenjahr 1979 überproportionale Steigerungsraten zu verzeichnen und könnte sich zu einem wichtigen stabilisierenden Sektor entwickeln. Obwohl auf dem Lande bereits Arbeitskräfte knapp sind und die städtische Arbeitslosigkeit im Steigen begriffen ist, fördert die Regierung weiterhin die Freisetzung von Arbeitskräften

auf dem Lande. Die koreanischen Durchschnittsbetriebe (kleine Familienbetriebe mit unter einem ha Fläche) haben zwar durchweg eine hohe Produktivität, sind aber aufgrund der hohen Kosten für Inputs kaum existenzfähig. Notwendig wäre einer die Bauern begünstigende Preispolitik, darüberhinaus eine angepasste Technologisierung sowie die Förderung überbetrieblicher Zusammenarbeit im Rahmen kooperativer Organisationen. Die existierenden Genossenschaften, denen fast jeder Bauer zwangsweise angeschlossen ist, stellen ausschließlich ein Instrument staatlicher Landwirtschaftspolitik ohne Mitwirkungsmöglichkeiten für die Mitglieder dar. Das Genossenschaftswesen ist auch in starkem Maße korrupt und wird von den Bauern im allgemeinen als Mittel zu ihrer Ausbeutung angesehen. Die ebenfalls staatlich initiierte Saemaul Undong ("Neues-Dorf")-Bewegung ist primär politisch geprägt. Die infrastrukturellen Verbesserungen, die sie gebracht hat, gingen großenteils an den prioritären Bedürfnissen der Bauern vorbei und führten zu ihrer weiteren Verschuldung. Weder die landwirtschaftliche Produktion noch die außerlandwirtschaftlichen bäuerlichen Einkommen wurden von der Bewegung nennenswert erhöht¹⁸.

Trotz gegenteiliger Behauptung der Regierung kann von realen Einkommenssteigerungen in der Landwirtschaft sowie einer Angleichung der bäuerlichen an die städtischen Einkommen nicht gesprochen werden. Es sind keine Anzeichen sichtbar, daß der Staat versuchen würde, die relative Isolierung des landwirtschaftlichen Sektors zu überwinden. Er bleibt weiterhin von der Entwicklung in den industriellen export-orientierten Metropolen abgeschnitten. Die notwendige landwirtschaftliche Modernisierung will die Regierung mit einer Erhöhung der Betriebsgrößen, also mit der Expropriation eines Teils der Bauern, verbinden. In einer "Zweiten Agrarreform" soll die - bisher nur formell bestehende - gesetzliche Beschränkung der Betriebsgrößen aufgehoben werden. Wie bereits im Industriesektor wird man dann auch in der Landwirtschaft dem Großunternehmen eine führende Rolle zuweisen. Statt durch überbetriebliche Zusammenarbeit den Besitzstand der Kleinbauern zu wahren, wird die Konzentration ihre Proletarisierung beschleunigen.

4. DIE SOZIALE LAGE

4.1. Einkommensverteilung und soziale Stabilität

Das koreanische Modell ging von der Konzeption aus, daß niedrige Lohn- und Sozialkosten in einer Übergangsphase das industrielle Wachstum erleichtern würden. Über ein "trickling-down" sollten die Ergebnisse des Wachstums dann später auch der Bevölkerung zugute kommen. In der Periode des raschen industriellen Wachstums sind die Einkommen im allgemeinen und damit auch

der Lebensstandard angewachsen. Einzelne Gruppen haben hiervon überproportional profitiert, und es haben sich Einkommensdisparitäten zum einen zwischen Stadt und Land und zum anderen zwischen unterschiedlichen sozialen Schichten herausgebildet. Über das Ausmaß dieser Disparitäten und ihre sozialen Konsequenzen wird seit langem kontrovers diskutiert. Dies vor allem deshalb, weil der koreanischen Entwicklung durchaus Modellcharakter zugemessen wird.

Die koreanische Regierung selbst, wie auch die Weltbank, gehen von der Behauptung einer relativ ausgewogenen Verteilung der Einkommen aus¹⁹. Dazu ist zunächst zu bemerken, daß es keine verlässlichen und objektiven Daten zur Einkommensverteilung im Lande gibt. Alle Berechnungen basieren auf statistischem Datenmaterial der Regierung, das mit großer Vorsicht zu behandeln ist. Die Berechnungen von J. Adelman, auf denen wiederum die Weltbank sehr stark fußte, werden inzwischen von unabhängigen koreanischen Wissenschaftlern in methodischer Hinsicht stark angezweifelt und kritisiert²⁰. Grundsätzlich ist allerdings festzustellen, daß die koreanische personelle Verteilung im Vergleich zu Ländern wie Indien oder den mittelamerikanischen Staaten in der Tat eher ausgewogen sein dürfte. Diese These ist allerdings primär historisch zu erklären.

Von wesentlicher Bedeutung ist in dem Zusammenhang die tiefgreifende Agrarreform nach 1945. Darüberhinaus führte auch der Koreakrieg zu ausgedehnter Zerstörung und damit Nivellierung. Zwischen 1960 und 1970 wurde ein großer Teil der bislang unterbeschäftigten Bevölkerung in die Lohnbeschäftigung eingegliedert, was sich ebenfalls positiv auswirkte. Seit Anfang der 70er Jahre verschlechterte sich die Verteilung, wobei sich dieser Prozeß in letzter Zeit verschärft. Der Gini-Koeffizient, als Verteilungsmaßstab genommen, verbesserte sich zwischen 1965 und 1970 von 0,34 auf 0,33, fiel dann aber bis 1976 mit 0,39 deutlich unter das Niveau von 1970. Im Jahre 1976 betrug der Anteil der unteren 20 % der Einkommenspyramide am Volkseinkommen etwa ein Drittel der oberen 5 %²¹. Nach neueren Weltbankangaben erhielten die unteren 40 % der Haushalte knapp 17 % am Volkseinkommen, und das Verhältnis der oberen 20 % der Einkommenspyramide zu den unteren 20 % soll mit 8:1 nicht besonders kraß sein²².

Fragt man nunmehr, ob das wirtschaftliche Wachstum in Süd-Korea mit seinen Verteilungsergebnissen zu sozialer Stabilität geführt hat, so ist diese Frage eher zu verneinen. Viele Beobachtungen und Gespräche des Verfassers mit gesellschaftlichen Gruppen zeigen, daß die süd-koreanische Gesellschaft derzeit durch äußerste Instabilität gekennzeichnet ist. Große Verteilungskämpfe und letztlich eine Erhebung weiter Teile der Bevölkerung gegen die Regierung können offensichtlich nur durch den Einsatz des Militärs verhindert werden. Symptome für dieses Konfliktpotential waren die aufstandsähnlichen Unruhen in Pusan und Masan, die zur Ermordung Parks führten, die zahlrei-

chen, zum Teil militanten Streiks sowie die ersten Bauerndemonstrationen Anfang 1980, die dann in der von der Bevölkerung getragenen Widerstandsbewegung im Mai 1980 gipfelten. Die Ursachen sind zu sehen in den Disparitäten in der Einkommens- und Vermögensverteilung, dem trotz nomineller Lohnsteigerungen bei großen sozialen Gruppen eingetretenen realen Einkommensrückgang, der sozialen Unsicherheit und der politischen Unterdrückung, die mit der Sicherung der für das Wachstum erforderlichen Ordnung und mit dem Schutz vor Nordkorea begründet wird. Nicht zuletzt ist eine enorme materielle Erwartungshaltung zu erwähnen, die die Führung zur Mobilisierung von Ressourcen selbst geweckt hat und die bislang immer wieder enttäuscht worden ist.

4.2. Arbeiterschaft

Die städtische Arbeiterschaft, und hier vor allem die Industriearbeiter, stellt die soziale Gruppe dar, die in den letzten Jahren am stärksten angewachsen ist und das wirtschaftliche Wachstum getragen hat. Korea entwickelte sich als "Billiglohnland" und die Wirtschaftspolitik war bestrebt, niedrige Löhne als komparativen Kostenvorteil zu nutzen. Die Regierung versuchte diese Politik über die Subventionierung von Reis und niedrige Agrar-Erzeugerpreise abzustützen. In der Expansionsphase gelang dies auch. Inzwischen läuft die Inflation jedoch den Löhnen deutlich davon, und da sich dies auf einem niedrigen Einkommensniveau vollzieht, bedeutet das eine Tendenz zur Verarmung großer Teile der Bevölkerung. Dies trifft allerdings in erster Linie für die weniger qualifizierten Arbeitskräfte zu, an denen weiterhin ein Überangebot besteht und die noch die Masse der Beschäftigten darstellen. Facharbeiter und ähnliche Gruppen haben in den letzten Jahren hingegen spürbare reale Einkommenssteigerungen erfahren. Insoweit hat also ein begrenztes "trickling down" stattgefunden.

Trotz dieser Einkommenserhöhung hat Korea weiterhin als Billiglohnland zu gelten. Der Lohnkostenanteil an der industriellen Produktion liegt im Durchschnitt bei 8-10 % und ist seit 1971 abgesunken²³. Die monatlichen Durchschnittseinkommen betragen nach offiziellen Angaben im Jahre 1977 je nach Sektor zwischen umgerechnet 180 und 540 DM, bei einer monatlichen Arbeitszeit zwischen 212 und 260 Stunden²⁴. Für das Jahr 1978 wurde ein Durchschnittslohn von 440 DM und für das Jahr 1979 - laut einer Umfrage der Arbeitgebervereinigung - ein solcher von ca. 450 DM angegeben²⁵. Diese Angaben sind als aggregierte und selektive Daten jedoch in hohem Maße irreführend und verschleiern, daß die Löhne für weite Teile der Bevölkerung, insbesondere für die wenig qualifizierten Arbeiter, weiterhin niedrig sind und wegen der hohen Lebenshaltungskosten am Rande des Existenzminimums liegen²⁶. Eine Befriedigung der Grundbedürfnisse ist für große Teile der Arbeiter-

schaft keineswegs gewährleistet. Bezeichnenderweise hat die Planungsbehörde inzwischen den früheren Brauch aufgegeben, einen unverbindlichen Mindestlohn zur Orientierung anzugeben. Dies ist auch in Zukunft nicht mehr geplant.

Zu nennen sind in diesem Zusammenhang außerdem die hohen Arbeitszeiten und die Tatsache, daß aufgrund mangelnder Arbeitsschutzvorrichtungen die Unfallziffer in der koreanischen Industrie eine der höchsten der Welt ist. Durch Notstandsverordnungen wurden die wesentlichen und in Gesetzen verbrieften Grundrechte der Arbeiter, das auf freien gewerkschaftlichen Zusammenschluß, auf kollektive Lohnverhandlungen und Streik aufgehoben. Die bestehenden Gewerkschaften sind bekannterweise korrupt und stehen in Abhängigkeit von staatlichen Organen oder von den Arbeitgebern. Man kann nicht sagen, daß ein Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitern und Gewerkschaften besteht, und es gibt im eigentlichen Sinne keine Möglichkeit zur Artikulation der Vorstellungen der Arbeitnehmer. Die grundsätzlich positive Arbeitsgesetzgebung des Landes ist auf dem Ordnungswege weitgehend außer Kraft gesetzt.

In zahlreichen Einzelgesprächen und Interviews ist dem Verfasser in Korea ein System der Unterdrückung im Betrieb deutlich geworden, das darauf beruht, spontane Unruhen, Diskussionen etc. durch unterschiedliche Formen der Repression gering zu halten. Dies reicht von der Kriminalisierung durch die Polizei und die Gerichte bis zum unmittelbaren Einsatz von gedungenen Schlägerbanden. Weiterhin ist zu betonen, daß die Arbeitsbedingungen in den Kleinbetrieben noch bei weitem schlechter als in den Großunternehmen sind.

Die offiziellen Statistiken spiegeln diese Tatbestände nicht wider. Sie sind nur durch Beobachtungen oder durch Felduntersuchungen zu belegen, die aber durch die Regierung äußerst erschwert werden.

Es ist daher nicht überraschend, daß sich mit der nach dem Tode Parks zunächst einsetzenden Liberalisierung die Unzufriedenheit der Arbeiter in einer Vielzahl von Streiks Luft machte, die alle Sektoren, alle Teile des Landes und Klein- und Großbetriebe umfaßten. Die Forderungen richteten sich sowohl auf Lohnerhöhungen als auch gegen die jeweiligen Gewerkschaftsführer, deren Absetzung in vielen Fällen gefordert wurde. Die Unruhen kulminierten in der Besetzung einer ganzen Minenstadt durch ca. 3000 streikende Bergarbeiter und in ähnlichen Vorfällen. Trotz der ihnen bislang fehlenden Einübung von Verantwortung und Mitwirkung am Arbeitsplatz haben sich die Arbeiter dabei mehrheitlich vorsichtig verhalten. Man erkannte, daß eine Gefährdung des Wachstums nicht im eigenen Interesse lag. Die erstreikten Lohnerhöhungen von 22-28 % lagen deutlich unter der Inflationsrate. Diese kurzfristigen sozialen Unruhen in den Betrieben waren nur die kleine, sichtbare Spitze des Eisberges. Die wirtschaftliche Entwicklung Süd-Koreas mit ihren unbefriedigten Verteilungswirkungen hat somit nicht zum Abbau des Konfliktpotentials beigetragen, sondern es geradezu verstärkt. Eine weitere soziale und politi-

sche Unterdrückung birgt nunmehr die Gefahr einer landesweiten Erhebung. Zwar scheint die derzeit regierende Militärclique entschlossen, das Land wie ein Militärcamp zu regieren, angesichts der sich verschärfenden Wirtschaftskrise kann aber auch dies nicht auf Dauer die sozialen Spannungen unterdrücken.

Betrachtet man nun die absolut Armen in den Städten, so ist zunächst festzustellen, daß über diese Teilgruppe bislang wenig bekannt war. Neuere Untersuchungen gehen davon aus, daß mindestens etwa 2 Millionen Menschen in den Städten in absoluter Armut leben. Andere universitäre Quellen nennen höhere Zahlen. "Absolute Armut" ist dabei als ein Zustand definiert, in dem die Betroffenen zum Überleben auf Hilfe von außen angewiesen sind. Ein Anteil von 5 % städtischer Arme an der Gesamtbevölkerung ist gering im Vergleich mit anderen Entwicklungsländern. Der Grund für das relativ geringe Ausmaß der absoluten Armen liegt im schnellen wirtschaftlichen Wachstum der letzten Jahre, wodurch die auf dem Lande freigesetzten Arbeitskräfte rasch in den Arbeitsprozeß aufgesogen wurden und zumindest Minimallöhne erhielten. Wegen des Rückganges des Wachstums verlangsamte sich allerdings nunmehr dieser Prozeß, und es besteht die Gefahr, daß die Gruppe der städtischen Armen dadurch anschwillt.

Das Problem der absoluten Armut stellt sich derzeit in Süd-Korea also nicht mit der gleichen Dringlichkeit wie z. B. in Lateinamerika. Bei den Betroffenen handelt es sich zumeist um zuziehende ländliche Arme, die ein Mindesteinkommen in einer mehrjährigen Übergangsperiode zunächst nicht erreichen. Sie fassen dann jedoch Fuß und werden integriert. Dieser Prozeß, der in der Regel um die vier Jahre dauert, läßt sich in mehrere Phasen gliedern und endet damit, daß die Familie regelmäßig mehrere Einkommen bezieht und eine dauerhafte Wohnung bezogen hat. Ein Existenzminimum ist dann gesichert. In der Anfangsphase werden zumeist illegale Notunterkünfte bewohnt, die aber insgesamt nicht als Slums im eigentlichen Wortsinn anzusehen sind. Bedeutsam ist dabei auch, daß die Menschen nicht sozial entwurzelt sind. Sie sind in hohem Maße arbeits- und aufstiegsorientiert und selbst Minimaleinkommen werden zum Teil gespart und investiert.

Hauptprobleme stellen mangelnde Ausbildung, medizinische Versorgung und fehlender Wohnraum dar. Krankheitsfälle in der Familie bedeuten wegen der Kostenbelastung eine Verzögerung der Eingliederung um durchschnittlich weitere zwei Jahre. Aufgrund der steigenden Erwartungen der Armen und der nur teilweisen Erfüllung ist bereits in den letzten Jahren ein wachsender Frustrationsgrad festgestellt worden. Fachleute befürchten ein starkes Ansteigen des sozialen Konfliktpotentials, wenn die Gruppe der absolut Armen größer wird und wenn dieser Zustand aufgrund des Abflachens des Wachstums für den Einzelnen nicht mehr vorübergehend, sondern dauerhaft ist.

4.3. Bauern

Genauso kontrovers wie die Rolle der Landwirtschaft in Korea überhaupt diskutiert wird, ist die Einschätzung der sozialen Lage der Bauern. Die Regierungsquellen versuchen nachzuweisen, daß sich die bäuerlichen Einkommen in den letzten Jahren deutlich verbessert haben. Es wird behauptet, daß die Familieneinkommen auf dem Lande die städtischen inzwischen wieder übertrafen, nachdem sie Ende der sechziger Jahre auf nur 60 % der städtischen abgesunken waren²⁷. Verwiesen wird weiterhin auf die Verbesserung der Infrastruktur und der Wohnsituation auf dem Lande sowie den hohen Anstieg von langlebigen Konsumgütern wie Radios, Fernsehern und elektrischen Haushaltsgeräten. Als Gründe für diese Anhebung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bauern werden von der Regierung die angeblich hohen Erzeugerpreise sowie die "Saemaul Undong"-Bewegung angegeben.

Die Beobachtungen des Autors vor Ort wie auch die Gespräche mit zahlreichen koreanischen Wissenschaftlern sind nicht dazu angetan, diese Thesen zu stützen. Grundsätzlich ist zu bemerken, daß aufgrund der durchgeführten Agrarreform die Ausgangsposition für die Bauern vergleichsweise gut war²⁸. Zwar dürften in der ersten Hälfte der siebziger Jahre ihre Realeinkommen gestiegen sein, aber auch heute noch betragen die durchschnittlichen Familieneinkommen auf dem Lande nicht mehr als etwa 70 % der städtischen. Die anderslautenden offiziellen Berechnungen basieren auf zweifelhaften statistischen Grundlagen²⁹. Da die staatlichen Versuche zur Anregung von nicht-landwirtschaftlichen Einkommen auf dem Lande (off-farm income) bislang noch keine Wirkung gezeigt haben, ist der Reis weiterhin die wichtigste Einnahmequelle (60 %) und die Reispolitik der Regierung für die Bauern entscheidend. In einem System des gespaltenen Reispreises subventioniert die Regierung den Verbraucherpreis von Reis und damit die städtische Lebenshaltung. Erntzunehmende Quellen versuchen nun aber nachzuweisen, daß die staatlich fixierten Reispreise die Erzeugerkosten nicht decken. So führt die Katholische Bauernorganisation jährlich eine Feststellung der Produktionskosten für Reis auf wissenschaftlicher Grundlage durch, wobei sie die früheren Methoden des Landwirtschaftsministeriums anwendet. Nach dieser Berechnung³⁰ lag der staatliche Ankaufspreis im Jahre 1979 etwa ein Drittel unter den Erzeugerkosten. Über die Höhe der Differenz läßt sich streiten, Ihre Existenz wird aber auch von unabhängigen Wissenschaftlern bestätigt. Relevanter als die absolute Höhe der Differenz ist jedoch die Tatsache, daß sie in den letzten Jahren nicht kleiner, sondern größer geworden ist. Die Preise der landwirtschaftlichen Inputs sind also schneller gestiegen als die Erzeugerpreise³¹. Zwar wurden neu gezüchtete, hoch ertragsreiche Reissorten eingeführt, die aber aufgrund ihrer höheren Anbaukosten keine Einkommenssteigerung zur Folge haben. Ihre Anfälligkeit hat außerdem bereits häufig zu Ernteausfällen und damit zu Verlusten geführt. Die Bauern müssen daher zum Anbau gezwun-

gen werden. Bei anderen Agrarprodukten kommt es aufgrund fehlgeplanter staatlicher Anbauvorhaben regelmäßig zu Überproduktionen, die bei fehlenden Ankaufgarantien zu Preisverfall führen. Mit Rationalisierung, Mechanisierung und anderen Innovationen hätte die für die Bauern ungünstige Einkommensentwicklung gebremst werden können. Auf diesem Gebiet geschah allerdings wenig von staatlicher Seite. Bei der Versorgung mit Düngemitteln beispielsweise müssen die koreanischen Bauern die Rolle eines Puffers übernehmen; stagnieren die Exporte, so wird der Dünger den Bauern aufgezwungen und in guten Exportjahren können sie ihren Bedarf nicht befriedigen. Außerdem müssen sie teilweise die Dumpingpreise auf dem Weltmarkt mit überhöhten Preisen subventionieren.

In diesem Zusammenhang muß die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung betrachtet werden, da sie die wichtigste Dienstleistungsstruktur für die Bauern darstellt und ihre wirtschaftliche wie auch soziale Lage wesentlich beeinflusst. Den Genossenschaften sind einige Monopole (z. B. für Düngerverkauf) übertragen worden, so daß faktisch jeder Bauer Mitglied sein muß. Laut Gesetz sind die landwirtschaftlichen Genossenschaften demokratisch strukturiert. Eine "vorübergehende" Verordnung aus dem Jahre 1962 regelt jedoch, daß der Präsident des nationalen Genossenschaftsverbandes vom Staatspräsidenten eingesetzt wird und alle weiteren Führungspositionen von oben durch Ernennung besetzt werden. Innerhalb der gesamten Genossenschaftsbewegung findet keinerlei Mitbestimmung der Mitglieder - sei es auch in indirekter Form - statt. Die Genossenschaften haben sich ausschließlich zum Instrument der staatlichen Agrarpolitik entwickelt. Sie verfügen über zahlreiche Machtmittel, um die Bauern zu den staatlicherseits gewünschten Maßnahmen zu zwingen. Kritik an den Genossenschaften wird daher auch als Kritik am Staat aufgefaßt und entsprechend geahndet. Der Verfasser hat selbst einen Informanten interviewt, der zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt war und einen Teil davon abgebußt hatte: ein Dritter, für den er verantwortlich gemacht wurde, hatte die Genossenschaften kritisiert.

Die Genossenschaften benachteiligen die Bauern nicht nur durch die Ausführung einer für sie ungünstigen Landwirtschaftspolitik, sondern auch durch weitverbreitete Korruption, für die der Verfasser zahlreiche Belege sammeln konnte³². Da alle Kontrollmechanismen fehlen, müssen die Bauern dieses System ertragen, ohne es beeinflussen zu können.

Wie schon erwähnt, soll "Saemaul Undong" die Einkommen der Bauern wesentlich erhöht haben. Dieser staatlichen Behauptung ist zu widersprechen. Zwar sind über Saemaul Undong staatliche Finanzmittel in die Landwirtschaft geflossen, jedoch mit 130 Mill. US-\$ seit 1971³³ sind diese vergleichsweise gering und haben außerdem keine selbsttragenden Entwicklungen induziert. Nach Aussagen führender Repräsentanten diente die Bewegung in den ersten Jahren einfach dazu, eine Überschußproduktion an Zement und Baumaterialien

abzusetzen³⁴. Erst nachträglich beschönigte man dies mit einer entwicklungs- politischen Begründung. Da es auch in dieser Bewegung kaum eine Mitwirkung der Bevölkerung gibt, werden die Projekte zentral von oben angeordnet, wobei die Grundbedürfnisse der Bauern weitgehend unberücksichtigt bleiben. In der Phase relativer Liberalisierung nach Parks Tod wurde dies selbst von Regierungsseite zugegeben und Besserung gelobt.

Die Veränderung der Wohnsituation eines Teiles der Bauern ist sicher eines der bedeutsamsten - und vor allem sichtbarsten - Ergebnisse der Bewegung. Ob dies aber eine Verbesserung darstellt, ist in hohem Maße fraglich und hängt von den Wertkategorien des Betrachters ab. Auf jeden Fall ist eine rigorose Zerstörung der alten dörflichen Strukturen zugunsten einer Scheinmodernisierung festzustellen. Voraussetzung für jegliche Verbesserung der Lebensbedingungen der Bauern wären produktive Investitionen, die zu Einkommenssteigerungen führen, mit denen ein höherer Konsum finanziert werden kann. Der Bau neuer und relativ kostspieliger Häuser ist also in der gegebenen Situation eine Verschwendung produktiver Ressourcen und verhindert Investitionen. Da die Bauern die Kosten auch gar nicht aufbringen können, müssen sie sich hoch verschulden und sind derzeit kaum in der Lage, den Schuldendienst zu leisten. Die Aufnahme von Produktionskrediten wird erschwert. Die Verschuldung ist auf durchschnittlich 2 000 DM pro Bauer angewachsen. Entlang der Schnellstraßen, wo bevorzugt neue Dörfer errichtet wurden, ist die Verschuldung sogar noch bedeutend höher. Im übrigen sind die Häuser auf formale "Schönheit" angelegt und tragen den Bedürfnissen landwirtschaftlicher Produktion keine Rechnung. Wirtschaftlich hat "Saemaul Undong" die Lage der Bauern nicht verbessert. Politisch ist sie ein Instrument der Indoktrination und Normierung³⁵.

4.4. Frauen

Wegen der großen Bedeutung der weiblichen Arbeitskräfte im Industrialisierungsprozeß und ihrer besonderen Benachteiligung ist ihre gesonderte Berücksichtigung bei einer Analyse der sozialen Situation Süd-Koreas erforderlich. Ca. 40 % der Frauen über 14 Jahre sind berufstätig. Obwohl ihre Gleichberechtigung durch Gesetz geregelt wird, sind sie im Vergleich zu den Männern benachteiligt. Ihre Durchschnittslöhne³⁶ betragen 1979 nur 43 % der männlichen.

Nach einer Befragung des regierungsnahen Gewerkschaftsbundes aus dem Jahre 1978 verdienen 90 % der Frauen weniger als 160 DM im Monat und dabei waren 80 % von ihnen als "skilled workers" angestellt. Ein Drittel verdient bis zu 100 DM. In einzelnen Industriezweigen, so in der Keramikindustrie, verdienen 90 % der Arbeiterinnen weniger als 100 DM. Bei der Hälfte der Frauen betragen die Arbeitszeiten 8 Stunden am Tag, bei 40 % mehr als 10 Stunden. Ein Fünftel aller Frauen arbeitete regelmäßig mehr als 12 Stunden

täglich. Im Transportsektor oder der Nahrungsmittelindustrie betragen die durchschnittlichen Arbeitszeiten zwischen 10 und 15 Stunden täglich und in der Automobilindustrie arbeiteten rund 80 % der Frauen länger als 15 Stunden am Tag. Der Anteil der Frauen an Managementpositionen betrug im Jahre 1970 nur 3,5 % und an sogenannten "professional" Beschäftigungen nur 23 %. Besondere soziale Probleme entstehen dadurch, daß viele junge Arbeiterinnen in gettoähnlicher Form zu arbeiten und zu leben gezwungen sind.

Auch wenn die Löhne für sich genommen häufig zu niedrig sind, um die Grundbedürfnisse der einzelnen Arbeiterin zu befriedigen, so tragen sie dennoch dazu bei, das Existenzminimum der gesamten Familie zu sichern. Obwohl ein hoher Anteil der Arbeiterinnen anlässlich der Befragung des Gewerkschaftsbundes Kritik äußerte an untragbaren Arbeitsbedingungen oder den zu niedrigen Löhnen, ergab die gleiche Erhebung, daß dennoch die Hälfte der Frauen mit ihrer Tätigkeit oder mit ihrem Arbeitsplatz zufrieden waren. Auch die Befragungen des Verfassers bestätigen dieses soziale Phänomen. Es hängt sicherlich damit zusammen, daß die Arbeiterinnen mehrheitlich sehr jung sind und vom Lande stammen. Die Dörfer, die sie verlassen, sind kulturell verödet. Zum ersten Mal in ihrem Leben sind sie relativ unabhängig und werden nicht von Verwandten bevormundet. Gleichzeitig können sie über eigenes Geld verfügen, selbst wenn es nur wenig ist. Für die Frauen ist darüber hinaus abzusehen, daß ihre berufliche Tätigkeit nur eine vorübergehende Lebensperiode darstellt, da sie nach der Heirat in der Regel ihren Beruf aufgeben und sich nur noch dem Haushalt und der Familie widmen.

Eine Emanzipation im europäischen Sinne wird sich gemäß des überlieferten Rollenverständnisses und des konfuzianischen Gesellschaftsbildes nur langsam entwickeln. Entsprechende Vorstellungen werden bislang von den Frauen selbst auch nur wenig artikuliert. Politisch bedeutsamer dürfte derzeit jedoch sein, daß sich die Frauen mehr und mehr ihrer benachteiligten Rolle im Produktionsprozeß bewußt werden. Sie erkennen erstmals ihre kollektive Stärke als soziale Gruppe. In vielen Fällen werden daher auch wilde Streiks von jungen Mädchen vorangetrieben und deren Forderungen beschränken sich nicht auf arbeitsbezogene Probleme, sondern erstrecken sich auch auf den politischen Bereich. Grundlegende Änderungen in der beruflichen Rolle der Frauen und ihrer Beteiligung am Wirtschaftsleben stehen in einer engen Wechselwirkung mit einem Wandel im koreanischen Familiensystem.

4. 5. Menschenrechtsprobleme

Eine Betrachtung der sozialen Lage in Süd-Korea wäre unvollständig ohne Hinweis auf die Situation der Menschenrechte, selbst wenn hier nur die politischen Rechte sowie das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit berücksichtigt

werden können³⁷. Die wesentlichen politischen Grundrechte sind seit der Einführung der sogenannten "Yushin"-Verfassung im Jahre 1972 aufgehoben worden. Die Postulate der nationalen Sicherheit (gegen Nord-Korea) und des Anti-Kommunismus dienen der Unterdrückung jeglicher Art der öffentlichen Kritik und Opposition. Dabei sind sie selbst die Oppositionsgruppen jeglicher Couleur z. T. militant antikommunistisch eingestellt. Der Kommunismus stellt in Süd-Korea derzeit keinen Faktor dar, es sei denn, er entsteht noch als emotional begründete Gegenreaktion auf die bestehende wirtschaftliche und politische Unterdrückung. Bedeutsam ist weiterhin, daß die Kommunismusetikettierung auch zur Verfolgung jeglicher Kritik an den wirtschaftlichen Verhältnissen und daraus abgeleiteter sozialer Aktivitäten dient. Bei der Zerschlagung tatsächlicher und mutmaßlicher Opposition ging das Regime mit äußerster Brutalität vor, wie die Ereignisse in Kwang-Ju und anderen Landesteilen im Jahre 1980 gezeigt haben. Selbst der Jahresbericht des US-Außenministeriums über die Beachtung der Menschenrechte reihte Süd-Korea in die Reihe der Länder ein, in denen 1980 die Menschenrechte am meisten verletzt wurden³⁸. Der Verfasser hat in Süd-Korea zahlreiche Gespräche mit - zumeist aus christlicher Motivation handelnden - Opfern geführt. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß die Folter im politischen Verhör üblicherweise Anwendung findet.

Die Berichterstattung seriöser Zeitungen und die Mitteilungen koreanischer Gesprächspartner legen die Vermutung nahe, daß sich die Situation in Bezug auf die Wahrung der Menschenrechte unter dem jetzigen Diktator Chon Do Han eher weiter verschlechtern wird.

5. ENTWICKLUNGSPOLITISCHER AUSBLICK

Um die sozialen Fehlentwicklungen der bisherigen Entwicklung Süd-Koreas zu beheben und ansatzweise einen Weg aus der jetzigen wirtschaftlichen Strukturkrise zu finden, wäre u. a. eine Abkehr vom exportorientierten Wirtschaftswachstum und eine stärkere Binnenmarktentwicklung erforderlich, die von einer grundbedürfnisorientierten Produktion getragen würde. Die dazu erforderliche höhere Nachfrage und Kaufkraft müßte über eine breitere Einkommensverteilung erreicht werden. Eine an sozialpolitischen Kriterien orientierte entwicklungspolitische Zusammenarbeit³⁹, insbesondere mit privaten Trägern in Süd-Korea, könnte dabei von großer Bedeutung sein.

Anmerkungen:

- 1) Minister Offergeld: Bonner Angebot an die "Schwellenländer", in: Süd-deutsche Zeitung v. 11. 8. 1978.
- 2) Siehe dazu Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit: Zusammenarbeit mit Schwellenländern, Drucksache 200-E 1010-76/78, 18.12.1978 (hekt.).
- 3) Hasan, P. : Korea - Problems and Issues in a Rapidly Growing Economy, Baltimore and London 1976, S. 3 (übers. v. Verf.).
- 4) Economic Planning Board: Major Statistics of Korean Economy 1976, Seoul, S. 30.
- 5) ders. : Economic Management Plan for 1980, Seoul 1980, S. 18.
- 6) vgl. Adelman, I. und Robinson, S. : Income Distribution Policy in Developing Countries - a Case Study of Korea, Oxford 1978; Renaud, B. : Economic Growth and Income Inequality in Korea, World Bank Staff Working Paper No. 240, Washington 1970.
- 7) Rao, D. C. : Korea - Policy Issues for Long-Term Development, A World Bank Country Economic Report, Baltimore and London 1979, S. 16.
- 8) Export Goal for '80 Set at \$ 17 Billion, in: Korea Times, 9.12.1979.
- 9) Bergsman, J. : Growth and Equity in Semi-Industrialized Countries, World Bank Staff Working Paper No. 351, Washington 1979, S. 26.
- 10) Economy Seen to be Be Worse than Projected, in: Korea Times, 15. 5. 1980.
- 11) Real GNP Growth Rate Shows Minus 1,7 Pct., in: Korea Times, 7. 5. 1980.
- 12) Economy Seen to Be Worse than Projected: a. a. O.
- 13) Jobless to Be Curbed At 600 000 in 1980, in: Korea Herald, 10. 2. 1980.
- 14) Consumer Prices Rise By 12,1 Pct. Quarterly, in: The Korea Times, 2. 4. 1980.
- 15) So sind koreanische Wirtschaftswissenschaftler der Meinung, daß der Übergang zur Schwerindustrie eine politische Entscheidung darstellte, die volkswirtschaftlich noch nicht zu rechtfertigen war. Die Financial Times spricht in diesem Zusammenhang von kolossalen Überkapazitäten und Investitionen, die sich nur sehr langsam amortisieren werden. Siehe Financial Times, 9. 6. 1980.
- 16) Lt. div. Interviews mit führenden Vertretern der verschiedenen Planungsbehörden Süd-Koreas.

- 17) Gov't to Import Rice from US, Japan in '80, in: Korea Times, 30.12.1979.
- 18) Zur Genossenschaftsbewegung und Saemaul-Undong siehe Baldus, R. D. : Government Promotion and the Development of Self-help Organizations - Case Studies: Indonesia, Korea, Malaysia, Philippines and Thailand, in: Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung: Government Promotion of Cooperatives and Other Self-help Organizations for Rural Development, Seminarbericht Berlin 1980; siehe weiterhin Kap. 4. 3.
- 19) vgl. z. B. Economic Planning Board: Korea's Economic Development - Growth and Distribution of Growth Benefits, Seoul 1978, S. 16 ff. , sowie B. Renaud: op. cit.
- 20) Eigene Interviews. Vgl. auch Bai-Moo-ki, Examining Adelman's View on Relative Income Equity in Korea: With Focus on Her Studies Outlined in the World Bank Report, in: Social Science Journal, Vol. 5 (1978), No. 1, S. 85 ff.
- 21) Interview mit Hakchung Choo, Korea Development Institute. Vgl. auch Hakchung Choo: Economic Growth and Income Distribution in Korea, Korea Development Institute, Working Paper 7810, Seoul 1978, S. 22 ff. Wie alle offiziellen Daten sind auch diese Angaben mit einer gewissen Vorsicht zu behandeln.
- 22) Bergsman, J. : op. cit. , S. 32.
- 23) Park Young-Ki: Labour and Industrial Relations in Korea - System and Practice, Seoul 1979, S. 99.
- 24) Office of Labour Affairs: Yearbook of Labour Statistics 1978, Seoul, S. 212 ff.
- 25) '79 Workers' Income Averages W 142.665, in: Korea Times, 4. 5. 1980. Das Economic Planning Board bezifferte das durchschnittliche verfügbare Haushaltseinkommen auf umgerechnet ca. 685 DM für das Jahr 1979. Siehe '79 Monthly Income Averaged W 219.133, in: Korea Herald, 26. 3. 1980.
- 26) z. B. zirkulierten 1980 anlässlich der Streiks im bekannten "Friedensmarkt" von Seoul Handzettel, in denen die dortigen Durchschnittseinkommen mit umgerechnet etwa 135 bis 250 DM angegeben wurden.
- 27) vgl. Hasan, P. : op. cit. , S. 22 und S. 51 ff.
- 28) vgl. aber Korean Catholic Farmers Movement: Survey Report About the Present Situation of Tenancy - Compared to the Situation Under Japanese Colonial Rule, Kyongbuk o. J. , mimeo.

- 29) Neuerdings vertritt auch die Weltbank, die sonst unreflektiert die häufig gefälschten offiziellen Daten übernimmt, in diesem Zusammenhang eine vorsichtiger Position. Vgl. Hasan, P. und Rao, D. C. : op. cit. , S. 226 f. Zur Einkommensentwicklung der Bauern siehe auch Reed, E. P. : Analysis of Income Trends and Structure in South Korea, in: LTC Newsletter 58, Oct. -Dec. 1977, S. 12 ff.
- 30) Korean Catholic Farmers Movement, Report on a Research into Rice Production Cost, Korean Catholic Farmers Movement Publication No. 9, 1979. (Koreanisch)
- 31) siehe dazu auch Monthly Review, Vol. 25, No. 9, September 1980, S. 3.
- 32) vgl. auch Korea Herald und Korea Times v. 29.4.1980.
- 33) Ministry of Home Affairs: Saemaul Undong 1980, Seoul 1980, S. 55.
- 34) Interview mit Young-Ky Jo, Vize Direktor des "Saemaul Leaders Training Institute". Vgl. Park Jin Hwan: Saemaul Movement in Korea, A Paper Presented at AARRO Seminar, Seoul 1978, S. 4.
- 35) Eine fundierte und zutreffende Analyse der Saemaul Bewegung bietet auch Luther, H. U. : Saemaul Undong: The 'Modernization' of Rural Poverty in South-Korea, in: Internationales Asienforum, Bd. 10 (1979), S. 329 ff.
- 36) Alle folgenden Daten entstammen einer Erhebung der regierungsnahen "Federation of Korean Trade Unions" aus dem Jahre 1977.
- 37) Zur allgemeinen Situation der Menschenrechte in Süd-Korea siehe Commission of the Churches on International Affairs to the World Council of Churches: Human Rights in the Republic of Korea, Background Information 1979/1, Genf; Fritz, G. und Scharf, K. : Krisenherd Korea, Stuttgart 1980.
- 38) Lob für die Bundesrepublik im US-Menschenrechtsbericht '80, in: Frankfurter Rundschau, 11. 2. 1981.
- 39) Vorschläge dazu finden sich bei Baldus, R. D. : Schwellenländer - Sozialpolitische Ansätze, in: epd - Entwicklungspolitik 16/80, S. 23 ff.